

Herrn Bezirksbürgermeister  
Stadtbezirk Mülheim  
Norbert Fuchs

Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker

Köln, 08.12.2019

## **Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 3203/2019 „Maßnahmen für Mülheim in der Federführung von Dezernat V**

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

ich bitte Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim zu setzen.

### **Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt die Vorlage mit den folgenden Änderungen:

#### 4.1 Erhalt der Klinik Holweide:

Die Bezirksvertretung Mülheim bekräftigt ihren Beschluss vom 8.7.2019, in dem sie die Verwaltung beauftragte *„für den städtischen Klinikverbund ein Sanierungskonzept zu entwickeln, dass den Erhalt des Klinikstandortes Holweide dauerhaft sichert.“*

#### 4.2 Wiedereinrichtung der Notarztpraxis Genovevastraße

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung zu Gesprächen mit der kassenärztlichen Vereinigung, um zu klären, unter welchen Umständen wieder eine Notarztpraxis im Stadtbezirk Mülheim eingerichtet werden könnte. Der Bezirksvertretung ist hierüber Bericht zu erstatten.

#### 4.9 Ausweitung des Projektes „Hallo Nachbar Dankeschön“ auf ganz Mülheim

Die Bezirksvertretung sieht es als wünschenswert an, das Projekt „Hallo Nachbar, danke schön“ nach 2020 fortzuführen und auf ganz Mülheim auszudehnen und beauftragt die Verwaltung hierzu die notwendigen Schritte einzuleiten.

#### 4.11 Intensive Hilfen für die vielen Obdachlosen, Bettler, Drogenabhängigen auf den o.g. Straßen und Plätzen, Unterführungen, Seitenstraßen und Parks

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt das bestehende Hilfeangebot zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, der Bezirksvertretung Vorschläge für eine weitere Verbesserung des Angebotes zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### 4.15 Mehr Seniorentreffpunkte, besonders am Mülheimer Bahnhof

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung, für die Bezirksvertretung ein Fachgespräch über derzeit bestehende Seniorentreffpunkte und eine mögliche Ausweitung

und Intensivierung des Angebotes vorzubereiten. Hierzu werden auch die AWO als Trägerin des Seniorennetzwerkes Mülheim sowie die Antragsteller geladen.

#### 5.1 Erhaltung der Siedlung Egonstr. in Stammheim

Die Bezirksvertretung Mülheim vertagt ihre Beschlussfassung in dieser Frage, um zunächst die Sachlage zu klären.

#### 5.2 Haus Bergisch Gladbacher Str. 1006: Freigabe der Wohnungen im 1. und 2. OG und schrittweise Sanierung des Gebäudes

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung darzustellen, wieso für die Stadt Köln eine Sanierung und Nutzung des Gebäudes nicht wirtschaftlich wäre, für nichtöffentliche Betreiber dagegen schon. Bis dahin stellt die Bezirksvertretung eine Beschlussfassung zu diesem Punkt zurück.

#### 5.3 Bau von ausreichend sozial geförderten Wohnraum auch für Obdachlose und Geflüchtete in einem gesunden und stabilen sozialem Umfeld durch die Stadt selbst und nicht durch die Stadt geförderte private Unternehmer. Nur so können soziale Mieten solange bestehen, wie die Stadt sie braucht. Zu welchen Problemen die unkontrollierte Einschaltung privater Unternehmer führt ist an den Beispielen Esen und Füngeling ersichtlich.

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung darzustellen, welche zusätzlichen finanziellen und personellen Kapazitäten das Amt für Wohnungswesen benötigt, um der Anregung zu folgen. Bis dahin stellt die Bezirksvertretung ihre Beschlussfassung zurück.

#### 5.5 Stärkung der Baugenossenschaften und Baugruppen durch zur Verfügung gestellte preiswerte städtische Baugrundstücke für neue Sozialwohnungen und günstige Mietwohnungen (unter 10 €/qm)

Die Bezirksvertretung Mülheim stellt fest, dass eine Vergabe städtischer Grundstücke nach Erbbaurecht Festlegungen im Sinne der Antragstellerin erlaubt und beauftragt die Verwaltung, entsprechend vorzugehen.

#### 5.7 Keine Vernichtung von Wohnraum, insbesondere Erhalt der Siedlung Egonstraße

Die Bezirksvertretung Mülheim vertagt ihre Beschlussfassung in dieser Frage, um zunächst die Sachlage zu klären.

#### 5.8 Konsequentes Einschreiten gegen Verwahrlosung, Überbelegung und Leerstand von Wohnraum, ebenso wie Zweckentfremdung von Wohnraum, z.B. durch Airbnb.

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung, zu den angesprochenen Punkten eine ausführliche Mitteilung vorzulegen und stellt bis dahin ihre Beschlussfassung zurück.

#### 5.9 Ein Vollzeit-Sozialarbeiter und ein Hausmeister für maximal 70 Personen/1 Haus

Die Bezirksvertretung Mülheim schließt sich dem Vorschlag der Antragstellerin an und fordert den Rat der Stadt Köln auf, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Nijat Bakis  
Bezirksvertreter DIE LINKE